

**Festlegung:**

Der ALUL nimmt die Berichterstattung des MLUL zur Kenntnis und verständigt sich auf eine erneute Berichterstattung in der 49. Sitzung des ALUL am 27. März 2019.

**Zu TOP 11: Aktueller Stand und Konsequenzen der permanenten Grundwasserverseuchung durch die Schweinemastanlage der BOLART GmbH in Tornitz  
(auf Antrag des Abgeordneten Raschke [Fraktion GRÜNE/B90]  
vom 18. Dezember 2018)**

**Bericht des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft**

Der **Vorsitzende** eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an den Abgeordneten Raschke (B90/GRÜNE).

Abgeordneter **Raschke** (GRÜNE/B90) erörtert, dass die Behörden seit 2013 Kenntnis darüber hätten, dass das Grundwasser rund um die Schweinemastanlage der BOLART GmbH in Tornitz nicht in Ordnung sei. Durch den großen Druck der öffentlichen Diskussion im vergangenen Jahr sei es schließlich zu Untersuchungen gekommen. Von den sieben auf dem Gelände vorhandenen Gülle-Behältern sei bisher einer untersucht worden. Dabei habe sich herausgestellt, dass dieser undicht sei. Wie es sich mit den anderen Behältern verhalte, sei dagegen noch unklar. Das habe zu einer Verseuchung des Grundwassers geführt. Ihn interessiere der aktuelle Stand der Untersuchungen. Außerdem möchte er wissen, welche Konsequenzen, einerseits für den Betreiber, andererseits für die Untere Wasserbehörde, die es offensichtlich seit 2013 versäumt habe, ihren Kontrollpflichten nachzukommen, daraus gezogen werde.

Herr **Augustin** (MLUL) führt zum aktuellen Sachstand aus, dass der eine überprüfte Güllebehälter tatsächlich nicht dem Stand der Technik entsprochen habe und unbedingt sanierungsbedürftig sei. Die Untere Wasserbehörde habe daraufhin sofort eine Anordnung getroffen, wonach das Becken innerhalb von drei Tagen leer zu pumpen war. Die Firma BOLART GmbH habe auf diese Anordnung unverzüglich gehandelt. Die rechtlich vertretene Firma habe der Unteren Wasserbehörde daraufhin angeboten, auf eine weitere Dichtigkeitsprüfung der übrigen Anlagen zu verzichten und er sich im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrags zur Sanierung aller Anlagen verpflichte. Im Zuge der bereits laufenden Verhandlungen habe das MLUL der Unteren Wasserbehörde deutlich gemacht, dass sie sich einen öffentlich-rechtlichen Vertrag anstatt von Anordnungen als Verpflichtung vorstellen können. So könne schneller und einvernehmlich das Ziel der Beseitigung der Grundwasserverseuchung und der Sanierung der Anlagen erreicht werden. Wichtig sei, dass in dem Vertrag die Pflichten und auch die Fristen konkret benannt werden und dieser Ersatzzahlungen für den Fall der Nichteinhaltung der Pflichten vorsehe.

Zur Frage nach den Konsequenzen für den Verursacher und die Behörde, teilt er mit, dass es Ermittlungen des Landeskriminalamtes gebe. Mitarbeiter hätten bereits Informationen bei der Unteren Wasserbehörde und beim Landesamt eingeholt bzw. einen entsprechenden Fragekatalog abgegeben. Er gehe davon aus, dass dies auch

bei der Firma BOLART GmbH erfolgt sei. Das Ergebnis der Ermittlungen entscheide über strafrechtliche Konsequenzen oder zivilrechtliche Ansprüche, dem wolle er jedoch nicht vorgreifen.

Wichtig sei es auch, sich nach erfolgter Sanierung der Anlage, die Grundwasserverseuchung noch einmal genau anzusehen. Daher habe man bereits jetzt in Auftrag gegeben, zwei weitere Messstationen einzurichten, unter anderem aufgrund des sich in unmittelbarer Nähe befindenden Trinkwasserschutzgebiets.

Das MLUL habe als Konsequenz allen Unteren Wasserbehörden einen Erlass zukommen lassen, wonach unter Setzung einer Frist sämtliche Anlagen zu erfassen und zu beurteilen seien. Es handele sich vornehmlich um Anlagen, die in der ehemaligen DDR in Betrieb genommen worden seien und heute noch genutzt würden.

Abgeordneter **Raschke** (GRÜNE/B90) begrüßt die Entscheidung des MLUL, alle weiteren Anlagen im Land Brandenburg infolge des Vorfalles untersuchen zu lassen. Hierzu bitte er um Konkretisierung, um welche Art von Anlagen es sich bei den zu überprüfenden Anlagen handele.

Weiterhin möchte er wissen, wann es zu einer Entscheidung hinsichtlich des öffentlich-rechtlichen Vertrags bzw. weiterer Anordnungen komme. Er betont in diesem Zusammenhang, dass bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Anlage vollständig saniert sein werde, jeden Tag weiter giftige Stoffe ins Grundwasser treten.

Er fragt außerdem, was eine „Sanierung der gesamten Anlage“ bedeute. Bedeute es, dass die sieben Güllebehälter saniert werden oder ziehe das auch eine Sanierung des umliegenden Bodens nach sich? Ihn interessiere außerdem, wer die Kosten hierfür tragen müsse.

Hinsichtlich der Tatsache, dass die Anlage aus DDR-Zeiten stamme, sei es keine Überraschung, dass das Material in Anbetracht der seitdem vergangenen Zeit fehlerhaft geworden sei. Daran schließt er seine letzte Frage an, ob und wenn ja, in welchen Abständen solche Anlagen routinemäßig überprüft werden, um solche Vorfälle in Zukunft zu verhindern und ob diese Vorgaben von den Behörden und dem Betreiber beachtet worden seien.

Abgeordneter **Baaske** (SPD) sieht die Verantwortlichkeit beim Kreistag und bei der zuständigen Umweltbehörde. Er begrüßt es, dass der Abgeordnete Raschke (GRÜNE/B90) das Thema zur Sprache gebracht habe und die Missstände aufgezeigt worden seien, der ALUL sei jedoch das falsche Gremium für eine intensive Befassung. Er habe das Kreisinformationssystem aufgerufen, um nach Informationen in der Sache zu suchen. Die BOLART GmbH werde nur in dem Zusammenhang eines Besuches des Landrats vor Ort vor fünf Jahren erwähnt. Er verstehe nicht, weshalb sich der Kreistag nicht mit dem Skandal beschäftige.

Es müsse gehandelt werden. Seit 2013 trete Gülle aus den Behältern ins Grundwasser und es passiere wenig. Dabei sei es unerheblich, ob es letzten Endes zu einer Trinkwasserverschmutzung komme oder es bei einer

Grundwasserverschmutzung bleibe. Auch das Interesse der regionalen, kommunalen Medien sei nicht vorhanden.

Er plädiert dafür, dass man beim eventuellen Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags genau arbeitet und für den Fall der Nichtbeachtung der Pflichten Handlungsmöglichkeiten vorgesehen werden, die die Beseitigung des Problems ermöglichen.

Abgeordneter **Raschke** (GRÜNE/B90) stimmt dem Abgeordneten Baaske (SPD) weitgehend zu. Ein Grund, weshalb er das Thema in den Ausschuss gebracht habe, sei genau der, dass das Thema weder in der Gemeindevertretung noch im Kreistag den Wiederhall finde, den es hervorrufen sollte. Außerdem sehe er das Ministerium im Rahmen der Aufsichtspflicht gegenüber der Unteren Wasserbehörde in der Pflicht zu handeln.

**Minister Vogelsänger** (MLUL) ärgert sich ebenfalls darüber, dass das Thema in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit beim Ministerium verortet werde. Wenn die Untere Wasserbehörde nicht ordnungsgemäß arbeite, müssten die politisch Verantwortlichen herangezogen werden. Das sei nach seiner Kenntnis der Kreistag bzw. der Landrat. Er wolle die Verantwortung nicht von sich schieben, daher sei man auch ein großes Stück vorangekommen. Die kommunale Ebene dürfe jedoch nicht entlastet werden.

Herr **Augustin** (MLUL) bestätigt die Auffassung des Abgeordneten Raschke (GRÜNE/B90), dass das Ministerium im Rahmen seiner Sonderaufsicht handeln müsse, wenn es ein Problem gebe, dass die zuständige Ebene nicht lösen könne oder wolle. Noch bevor das Thema zum ersten Mal im Landtag aufgerufen worden sei, seien Werte bekannt geworden, die auch eine Bürgerinitiative auf den Plan gerufen hätten. Als Ministerium gehe man zunächst davon aus, dass die zuständige Behörde handle. Da das nicht geschehen sei, habe sich das MLUL schließlich eingeschaltet. Ab diesem Zeitpunkt könne er eine regelmäßige Befassung mit dem Thema nachweisen. Dies habe dazu geführt, dass die Untere Wasserbehörde in dem Prozess so weit sei, wie er eingangs geschildert habe. Im Rahmen der Sonderaufsicht sei daher nichts versäumt worden.

Was die Frage nach dem Umfang der Sanierung betreffe, so bedeuteten „alle Anlagen“ alle Güllebehälter, einschließlich Ein- und Ausläufer, somit alle technischen Anlagen, die zu dem jeweiligen Güllebehälter gehörten.

Die Überlegung, in diesem Fall einen öffentlich-rechtlichen Vertrag aufzusetzen und dementsprechend auf den Erlass von Anordnungen zu verzichten, beruhe auf der Äußerung der Firma BOLART GmbH, die Sanierung der Anlagen freiwillig auch ohne Nachweis der Undichtigkeit der Behälter vorzunehmen. Gegen eine Anordnung könnten auf der anderen Seite Rechtsmittel eingelegt werden, die die Beseitigung der Missstände verzögern könnten. Innerhalb der nächsten Woche werde dem MLUL das Vertragswerk vorgelegt. Dieses werde auf Vollständigkeit und Rechtssicherheit überprüft. Wenn der Vertrag nicht zielführend sei, werde eine Anordnung folgen. Der Druck auf den Verursacher werde weiterhin aufrechterhalten.

Die Kostentragungspflicht für die Sanierung liege beim Verursacher, also beim Betreiber der Schweinemastanlage. Hinsichtlich der Folgekosten für die Beseitigung der Altlasten - z. B. den Austausch verseuchten Bodens - hänge die Kostentragungspflicht von dem Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen ab. Sofern eindeutig festgestellt werden könne, dass der Schaden aufgrund nicht ordnungsgemäßen Handelns der BOLART GmbH eingetreten sei, gehe damit auch eine Schadenersatzpflicht einher.

Es gebe in der neuen Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) Regeln, wonach Altanlagen in regelmäßigen Abständen überprüft werden müssten. Diese Regelungen hätten in ähnlicher Form auch bereits vor Inkrafttreten der AwSV bestanden. Bisher habe der Betreiber keinen Nachweis über die Durchführung entsprechender Überprüfungen erbringen können.

Der vom MLUL erlassene Erlass betreffe alle Altanlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, die noch in Betrieb seien. Das betreffe nicht nur Schweine-, sondern auch Rinder- und Geflügelmastbetriebe.

Abgeordneter **Preuß** (DIE LINKE) bittet um Information im Nachgang der Sitzung, in welchen Abständen eine Dichtigkeitsprüfung bei in Betrieb genommenen Anlagen durchzuführen sei. Bei seinen eigenen Recherchen sei er nicht auf ein vorgegebenes zeitliches Intervall gestoßen.

Bei den nun zu überprüfenden Anlagen handelt es sich um Anlagen mit Gülleaufkommen. Auch Gärreste seien jedoch wassergefährdende Stoffe. Er frage, ob auch hier Handlungsbedarf gesehen werde.

Zu der Altlastproblematik habe Herr Augustin (MLUL) ausgeführt, dass hier das Ergebnis der Ermittlungen des Landeskriminalamtes abzuwarten sei. Das Landeskriminalamt ermittle jedoch nur, ob eine strafbare Handlung vorliege. Daraus begründe sich keine Kompetenz, den Austausch des Bodens anzuordnen. Hierfür sei erneut die Untere Wasserbehörde zuständig.

Abgeordneter **Folgart** (SPD) schließe inhaltlich an die Ausführungen des Abgeordneten Baaske (SPD) an. Er wolle die Arbeit des Ministeriums im Rahmen der Sonderaufsicht loben und erneut darauf hinweisen, dass die Untere Wasserbehörde und nicht das Ministerium fehlerhaft gehandelt habe.

Abgeordneter **Raschke** (GRÜNE/B90) dankt für das Lob, die Thematik in den Landtag getragen zu haben. Auch der NABU und die Bürgerinitiative vor Ort müssten hier einbezogen werden. Er halte jedoch nicht nur den Kreistag, sondern auch das Landwirtschaftsministerium und Minister Vogelsänger (MLUL) für verantwortlich. Es seien mehrere ähnliche Fälle in kürzerer Zeit aufgetreten. Das Verwaltungsgericht Potsdam habe die Genehmigung für die umstrittene geplante Schweinemastanlage in Haßleben sofort kassiert. Es gebe außerdem ein Gutachten, wonach bei der Genehmigung von Freilandhaltungen das Wasserrecht nicht beachtet worden sei. Das seien Ausflüsse einer bestimmten politischen Haltung. Es werde nicht ordnungsgemäß kontrolliert, ob sich an die existierenden Regelungen gehalten werde.

Er erkundigt sich nach der praktischen Umsetzbarkeit der Sanierungsmaßnahmen. Den Austausch von Boden könne er sich vorstellen, jedoch nicht die Sanierung des Wasserhaushaltes.

Weiterhin fragt er, ob neben den strafrechtlichen Konsequenzen auch Konsequenzen seitens des Ministeriums gezogen werden, sofern das LKA zu dem Ergebnis komme, dass ein Versagen des Anlagenbetreibers und ein Versagen der Unteren Wasserbehörde vorliegen.

Er halte es für vernünftig, dass alle Altanlagen mit Gülleaufkommen überprüft werden sollen und möchte wissen, wie viele Anlagen in Brandenburg betroffen seien und bis wann die Überprüfung abgeschlossen sein solle.

**Minister Vogelsänger** (MLUL) bittet um Trennung unterschiedlicher Tatbestände. Selbstverständlich würden in Brandenburg Gesetze eingehalten. Dies liege in der Zuständigkeit des Landesamts für Umwelt. Die Behörde schreite grundsätzlich ein, wenn Grenzwerte und Bestimmungen nicht eingehalten würden. Das Gutachten, das der Abgeordnete Raschke (GRÜNE/B90) ins Feld geführt habe, kenne er nicht. Er hätte erwartet, dass ihm ein solches Gutachten zur Kenntnis gegeben worden wäre, zumindest, wenn man an einer Abhilfe interessiert sei. Solange ihm bzw. seinem Haus das Gutachten nicht vorliege, könne er es weder prüfen, noch darauf inhaltlich eingehen.

In seiner Funktion als Minister habe er entscheiden, dass es in Brandenburg bei Neuanlagen nur noch die Premiumförderung gebe. Diese Entscheidung zugunsten der Erreichung des höchsten Standards habe beim Bauernverband teilweise für Unmut gesorgt. Daneben habe er auch entschieden, dass die Richtlinie „Einzelbetriebliche Förderung“ hinsichtlich der Fördermaßnahmen überarbeitet werde.

Er habe Vertrauen in die Behörden im Land Brandenburg. Dennoch gebe es Fälle, in denen die Behörde ihre Arbeit nicht oder nicht gut erledige. So ein Fall liege vor. Die Verantwortung hierfür trage jedoch weder er noch die Mitarbeiter des MLUL und des Landesamts für Umwelt. Das Landesamt für Umwelt erfahre auch landesübergreifend große Anerkennung, was die Verfahrensdauer und die Bearbeitung von Sachverhalten betreffe. Eine persönliche Verantwortung trage er nicht, natürlich aber eine politische. Als Minister habe er ein großes Interesse an Investitionen ins Tierwohl - in neue Anlagen mit hohen Standards -, die letztlich auch der Umwelt zugutekommen.

Er habe immer betont, dass Brandenburg Industrieland bleiben müsse. Daher habe er die Umweltpartnerschaft initiiert, die Unternehmen dazu zu bringen, die erhöhten Umweltstandards einzuhalten und den Standort zukunftsfähig zu betreiben.

Herr **Augustin** (MLUL) antwortet auf die letzte Frage des Abgeordneten Raschke (GRÜNE/B90), dass das Schreiben des MLUL mit der Aufforderung der Unteren Wasserbehörden, dem MLUL einen Überblick über die zu überprüfenden Anlagen zu verschaffen, in den nächsten Tagen versandt werde. Die Behörden seien aufgefordert, die Anzahl der Anlagen, die der AwSV unterliegen, zu nennen. In dem Schreiben werde er die Auflagen für Altanlagen unmissverständlich formulieren. Er

bierte an, dem Ausschuss in dessen 49. Sitzung im März 2019 über die Ergebnisse der Abfrage Bericht zu erstatten.

Hinsichtlich der Frage des Abgeordneten Preuß (DIE LINKE) betone er, dass die Ergebnisse der Ermittlungen des LKA für die Frage entscheidend seien, wer die Kosten für eine Boden- und Wassersanierung zu tragen habe. In einem zweiten Schritt sei zu prüfen, was technisch umzusetzen sei. Die Entscheidung darüber liege dann bei den Fachbehörden.

Abgeordneter **Schröder** (AfD) betont, dass hier ganz klar das Verursacherprinzip gelten müsse, daher wundere er sich darüber, dass es noch fraglich sei, wer die Kosten für die Sanierung zu tragen habe. Außerdem stimme er dem Abgeordneten Baaske (SPD) zu, indem er ebenfalls Versäumnisse bei den Behörden im Landkreis sehe. In seinen Augen werde derzeit noch viel zu vorsichtig vorgegangen.

Abgeordneter **Roick** (SPD) berichtet im Sinne einer Darstellung der Gesamtwahrheit über seine vergangene Mitgliedschaft im Petitionsausschuss, im Rahmen derer er sich mit der Thematik bereits in der Vergangenheit beschäftigt habe. Dem Petitionsausschuss hätten die Unterlagen, die den Behörden damals zur Verfügung gestanden haben, vorgelegen. Auf dieser Grundlage habe die Abgeordnete Schinowsky (GRÜNE/B90) vorgetragen, dass alles in Ordnung sei.

Was das angesprochene Gutachten betreffe, dass er durch eigenständige Recherche im Internet gefunden habe, frage er sich, welche Entwicklung das Land Brandenburg gehen wolle. Brandenburg habe lange dafür gekämpft, dass Hühner nicht mehr in Käfigen gehalten werden. Die Umsetzung sei für die Tierhalter oftmals mit Schwierigkeiten verbunden gewesen. Nun werde auch diese tierfreundliche Haltungsart bekämpft. Er befürchte, dass es in Brandenburg bald keine Hühnerhaltung mehr geben werde.

Abgeordneter **Raschke** (GRÜNE/B90) halte dies - jenseits der Frage des Umweltrechts - auch für eine Frage der Gleichberechtigung. Man könne nicht einerseits den rinderhaltenden Betrieben vorschreiben, sich an Nitratgrenzen zu halten, während sich ein hühnerhaltender Betrieb nicht an entsprechende Grenzen halten müsse.

Er mache dem Ministerium auch nicht den Vorwurf, dass es nicht einschreite, wenn Grenzwerte überschritten würde. Die Frage sei, ob das Ministerium „hinsehe“. Im vorliegenden Fall sei nicht hingesehen worden; ebenso wie bei der Freilandhaltung.

Er bitte um Beantwortung zwei weiterer Fragen. Herr Augustin (MLUL) habe gesagt, dass zwei weitere Messstellen eingerichtet werden sollten, um die Wasserströmungsrichtungen ermitteln zu können. Ziel sei es, zu erfahren, ob das verseuchte Grundwasser Einfluss nehmen könne auf das umliegende Trinkwasser. Er frage, wann die Messstellen eingerichtet werden und wann erste Ergebnisse vorliegen würden.

Es sei darüber hinaus kein Zufall, dass der Betreiber zum jetzigen Zeitpunkt einen öffentlich-rechtlichen Vertrag anbiete, um die Angelegenheit möglichst zeitnah bereinigen zu können. Der Betreiber wolle die Anlage nach Informationen des

Abgeordneten Raschke (GRÜNE/B90) von 50.000 auf 67.000 Schweine erweitern. Er erfragt den aktuellen Kenntnisstand des Ministeriums hinsichtlich dieser Erweiterungspläne.

Abgeordneter **Preuß** (DIE LINKE) fragt nach dem Verhältnis zwischen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung und den zukünftigen Feststellungen des Landeskriminalamtes. Er möchte wissen, ob der Betreiber im Rahmen der Vereinbarung anerkannt habe, dass er der Verursacher der Verunreinigungen sei und ob die Vereinbarung auch eine Regelung zur Bodensanierung beinhalte.

Herr **Augustin** (MLUL) habe keine Kenntnis über etwaige Erweiterungspläne des Betreibers, hierfür sei das Ministerium nicht zuständig.

Die Messstellen würden im Februar 2019 eingerichtet, und ab diesem Zeitpunkt sei ein umfassendes vollständiges Monitoring möglich.

Auf die Frage des Abgeordneten Preuß (DIE LINKE) nach dem Inhalt des öffentlich-rechtlichen Vertrags erläutert er, dass er den Vertragsentwurf noch nicht kenne. Er halte es für notwendig, dass der Vertrag ein Anerkenntnis hinsichtlich der Verantwortlichkeit für die Verschmutzung enthalte. Darauf müsse bei der Prüfung des Vertrags geachtet werden. Daher sei die Untere Wasserbehörde aufgefordert, dem Ministerium den Vertrag ebenfalls zeitnah zur Prüfung vorzulegen.

Abgeordneter **Dombrowski** (CDU) fragt den Abgeordneten Preuß (DIE LINKE) in dessen Funktion als Landesvorsitzender des BUND, ob der BUND vorhabe, dem Landtag die Studie offiziell zuzuleiten.

Abgeordneter **Preuß** (DIE LINKE) bejaht dies.

Für den Abgeordneten **Raschke** (GRÜNE/B90) stehe noch die Frage im Raum, ob die Gülle bzw. das Grundwasser auf Antibiotika-Rückstände bzw. antibiotika-resistente Keime untersucht werden bzw. ob das Ministerium sicher wisse, dass die Anlage ohne Einsatz von Antibiotika betrieben werde.

Herr **Augustin** (MLUL) könne hierzu keine verlässliche Aussage treffen. Er bietet an, dem Ausschuss eine Auflistung der Werte und Stoffe, die im Rahmen des Monitorings überprüft werden, vorzulegen.

Abgeordneten **Raschke** (GRÜNE/B90) regt abschließend an, eine Untersuchung auf Antibiotika-Rückstände bzw. antibiotika-resistente Keime durchzuführen, sofern dies nicht im Rahmen des Monitorings geschehen sollte, um den Verdacht und die Bedenken aus der Welt zu schaffen.

Der **Vorsitzende** schließt den Tagesordnungspunkt.